



## **Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 19.03.2025 – Auszug aus Drucksache 19/5941 –**

### **Frage Nummer 26 mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung**

Abgeordnete  
**Gülseren  
Demirel**  
(BÜNDNIS  
90/DIE GRÜ-  
NEN)

Da es in Bayern keine staatliche Landesantidiskriminierungsstelle und somit auch keine zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für Diskriminierungen in Schulen gibt, frage ich, wann eine Anlauf- und Beratungsstelle, wie u. a. von den Organisationen beim Bayerischen Integrationsrat gefordert, aufgebaut wird, wie viele Fälle von Diskriminierung in Schulen in Bayern in den Jahren 2022 – 2025 vorliegen bzw. seitens der Staatsregierung festgestellt wurden, wie genau wurde bei den Fällen gehandelt?

### **Antwort des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus**

Es ist Aufgabe der gesamten Schulgemeinschaft, ein tolerantes sowie menschenwürdiges Miteinander zu fördern. Dementsprechend gilt an allen bayerischen Schulen eine Null-Toleranz-Strategie gegenüber Diskriminierung, Radikalisierung und Extremismus (vgl. hierzu u. a. Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Gülseren Demirel BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.02.2025 Maßnahmen der Staatsregierung gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit; Schriftliche Anfrage Drs. 19/4170 der Abgeordneten Gabriele Triebel BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.05.2024 Inklusion in der Bildung – Lagebild im Freistaat I, Antworten zu den Fragen 1.1, 1.2 und 3.2; Schriftliche Anfrage Drs. 19/3794 der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer SPD vom 07.10.2024 Extremismus im Klassenzimmer – Schulungen für Lehrkräfte, Antworten zu den Fragen 3.1, 3.2, 3.3 und 4; Schriftliche Anfrage Drs. 19/3177 der Abgeordneten Gabriele Triebel BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.08.2024 Schulzugang für geflüchtete Kinder II – Zugang zur Regelschule, Antwort zur Frage 4.3; Schriftliche Anfrage Drs. 19/3016 des Abgeordneten Markus Rinderspacher SPD vom 07.05.2024 UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2015 – 2024) Antworten zu den Fragen 1.b, 2.b, 3.b).

Um für das bayerische Schulsystem ein Beratungsangebot bei Extremismus und Diskriminierung sicherzustellen, wurden an den neun Staatlichen Schulberatungsstellen insgesamt 26 Regionalbeauftragte für Demokratie und Toleranz (RB; Demokratie und Toleranz / Extremismusprävention | Themen und Anlässe | Staatliche Schulberatung in Bayern)<sup>1</sup> eingerichtet. Diese können von jedem Mitglied der Schulgemeinschaft vertraulich kontaktiert werden; die Inanspruchnahme ihrer Tätigkeit

<sup>1</sup> <https://www.schulberatung.bayern.de/themen-und-anlaesse/demokratie-und-toleranz-extremismuspraevention>

beruht auf Freiwilligkeit. Die speziell ausgebildeten Schulpsychologinnen, Schulpsychologen und Beratungslehrkräfte fungieren nicht nur als schulinterne Expertinnen und Experten für politisch sowie religiös motivierten Extremismus, sondern sie können auch bei Verdacht auf Diskriminierung zu Rate gezogen werden. Sollte sich dieser Verdacht erhärten, kann eine unmittelbare Intervention im Schulkontext erfolgen. Je nach Sachverhalt werden die Sicherheitsbehörden und der Opferschutz hinzugezogen. Bei Bedarf leisten die mit weiteren staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren der Präventionsarbeit gut vernetzten RB zudem Verweisberatung. Die pädagogische Aufarbeitung des – zumeist jugendlichen – Fehlverhaltens obliegt wiederum den RB. Die Staatlichen Schulsozialpädagoginnen – und -pädagogen, die für die gruppenbezogene Präventionsarbeit an Schulen verantwortlich sind und für die bislang 300 Stellen geschaffen worden sind, können sie dabei unterstützen (s. auch Anfrage zum Plenum Plenarsitzung vom 19.02.2025 Drs. 19/5191 Frage Nummer 35).

Während strafrechtlich relevante Fälle in der nach bundeseinheitlichen Richtlinien geführten Polizeilichen Kriminalstatistik erscheinen, werden schulische Vorkommnisse unterhalb der Strafbarkeitsschwelle weder vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus noch von sonstigen schulaufsichtlichen Stellen statistisch erfasst bzw. ausgewertet (vgl. hierzu auch Schriftliche Anfrage Drs. 19/538 der Abgeordneten Ramona Storm, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn AfD vom 22.01.2024 Selbsternannte „Scharia-Polizisten“ bedrohen Schüler, Antwort zu Frage 1.3).